

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Verhärtete Armut: Paritätischer legt neuen Armutsbericht vor

Vor einer Verfestigung der Armut auf Rekordniveau warnte der Paritätische Wohlfahrtsverband anlässlich der Veröffentlichung seines Armutsberichtes 2011. Scharfe Kritik übte der Verband an der Sozialpolitik der Bundesregierung. Er forderte die Bundesregierung zu einer rigorosen armutspolitischen Kehrtwende auf. Rund zwölf Millionen Menschen sind laut Paritätischem Armutsbericht in Deutschland armutsgefährdet – das sind 14,5 Prozent der Bevölkerung. Alarmierend sei, dass auch in Jahren mit starkem Wirtschaftswachstum wie 2006, 2007 oder 2010 die Armut nicht zurückgegangen sei. Es handele sich um eine Verhärtung der Armut auf sehr hohem Niveau, stellte Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider fest. Wo die Wirtschaft nicht für sozialen Ausgleich Sorge, sei die Politik gefordert. Nach der Studie, die den Zeitraum von 2005 bis 2010 umfasst, zeigen insbesondere die Bundesländer Berlin und Nordrhein-Westfalen einen deutlichen Negativtrend. Besonders besorgniserregend sei die negative Entwicklung im Ruhrge-



biet. Sehr hohe Armutsquoten mit seit Jahren steigender Tendenz im größten Ballungsgebiet Deutschlands müssten in der Politik sämtliche Alarmglocken läuten lassen. Der Paritätische fordert von der Bundesregierung eine armutspolitische Kehrtwende. Wer die Armut glaubhaft bekämpfen wolle, müsse die Regelsätze in Hartz IV erhöhen, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausbauen, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher sichern und der drohenden Altersarmut vorbeugen. Zur Finanzierung dieser Reformen dürfe die Regierung nicht länger vor der Verteilungsfrage zurückschrecken. Einer öffentlichen Verschuldung von rund 2,1 Billionen Euro, so Schneider, stehe ein Barvermögen bei privaten Haushalten in Höhe von 4,8 Billionen Euro gegenüber. Der Paritätische sei der festen Überzeugung, dass wir angesichts der sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen Deutschland stehe, nicht darum herumkommen, die sehr Vermögenden zur Finanzierung der Lasten stärker als bisher heranzuziehen und das bedeute: große Vermögen, Erbschaften sowie hohe Einkommen stärker zu besteuern als heute. Es werde Zeit, nicht nur die Armut, sondern auch den Reichtum in Deutschland zu enttabuisieren, so Schneider. Der Paritätische Armutsbericht 2011 steht mit weiteren Informationen auf der Website des Verbandes kostenlos zur Verfügung. Internet <http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht2011>

Deutsche Zustände:

Das »entsicherte Jahrzehnt«

Die Menschen in Deutschland haben zunehmend das Gefühl, dass die Politik die Probleme des Landes nicht mehr regeln kann. Das hat Konsequenzen für die Meinungen über schwache Gruppen, denn sie werden zuerst Opfer der negativen Beurteilung der Lage. Die Abwertung von Obdachlosen, Arbeitslosen und Behinderten, aber auch die



Fremdenfeindlichkeit steigen erneut an. Auch und besonders Besserverdienende grenzen sich vermehrt von ärmeren Mitgliedern der Gesellschaft ab und Engagement und Solidarität werden immer stärker danach bemessen, ob sie sich auch wirtschaftlich lohnen. Das sind zentrale Ergebnisse der Langzeitstudie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Die Studie hatte eine Laufzeit von zehn Jahren. Hinter dem Konzept »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« steckt die Auffassung, dass Menschen andere Menschen abwerten, weil sie zu bestimmten Gruppen gehören, etwa, wenn sie aus einem anderen Land kommen, einer anderen Religion angehören, körperlich eingeschränkt oder wirtschaftlich besser oder schlechtergestellt sind. Die Bielefelder Forscher gehen davon aus, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen ein Syndrom der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« bilden, in dessen Zentrum eine Ideologie der Ungleichwertigkeit steht – also die Grundidee, dass sich jemand als Mitglied einer bestimmten Gruppe aufwertet, indem er Angehörige anderer Gruppen als weniger wert ansieht. Das Forschungsprojekt ist die weltweit größte Vorurteilsstudie, sowohl durch die zehnjährige Laufzeit als auch aufgrund der präzisen Unterscheidung verschiedener Vorurteile und ihrer Ursachen. In der abschließenden Untersuchung ihrer Daten des vergangenen Jahrzehnts be-

fassen sich die Bielefelder Forscher damit, wie sich Vorurteile unter Menschen in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt entwickelt haben. So analysieren sie, welche Faktoren maßgeblich sind, um Vorurteile unter den Deutschen zu erklären. Sie gehen auf die Frage ein, welche politischen Absichten Personen mit rechtspopulistischen Einstellungen haben, und sie versuchen, zu erklären, inwieweit die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland zu Orientierungslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit führt. Darüber hinaus gehen die Wissenschaftler in dem neuen Buch auf aktuelle Problemlagen und Mechanismen ein, die mit Abwertung und Diskriminierung von schwachen Gruppen im Zusammenhang stehen. Insgesamt beschreiben die Forscher das zurückliegende Jahrzehnt als »entsichert«, richtungslos und instabil. Der Verlust von Sicherheit sei demnach in allen zentralen Lebensbereichen erfahrbar: im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Bereich, ebenfalls im Bereich der Lebensstile. Der Zustand der Unsicherheit ist nach Ansicht der Forscher zur neuen Normalität geworden. Mit Blick auf die Folgen für »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« könne dieser Zustand als eine »explosive Situation als Dauerzustand« (Wilhelm Heitmeyer) beschrieben werden. Ereignisse mit Signalwirkung für diese Veränderungen sind laut den Forschern der 11. September 2001 mit seinen Folgen für die Islamfeindlichkeit, die Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 oder auch die Krisen seit 2008 (Finanz-, Wirtschafts-, Fiskal- und Schuldenkrise). Das interdisziplinäre Institut für Konflikt- und Gewaltforschung ist Teil des Forschungsschwerpunkts »Menschliche Entwicklung, Konflikt und Gewalt« der Universität Bielefeld. Der Schwerpunkt befasst sich mit den komplexen Vorgängen sozialer Konflikte und Gewalt und umfasst dabei unter anderem soziale Zusammenhänge und Institutionen, die menschliches Dasein und menschliche Entwicklung in verschiedenen Gesellschaften und Kontexten prägen. Der abschließende Band zur »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« ist, wie die anderen neun Berichte, im Suhrkamp-Verlag als Taschenbuch erschienen und im Buchhandel erhältlich. Eine 21-seitige Kurzfassung des Abschlussberichts gibt es kostenfrei auf der Website des

Projektes.

Internet <http://www.uni-bielefeld.de/ikg>

Positionspapier zu Erziehungshilfen vorgelegt

Ein im letzten Jahr vorgelegtes Positionspapier des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe beschäftigt sich mit rechtlichen Grundlagen, fachlicher Orientierung und Argumentationshilfen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung. Die Hilfen zur Erziehung sind immer wieder Gegenstand der öffentlichen und politischen Diskussion – häufig stehen dabei Entwicklungen im Bereich der Fallzahlen und der Kosten im Vordergrund. In den Fokus geraten Hilfen zur Erziehung ausschnitthaft auch dann, wenn es um tragische Fälle geht, wo Kinder trotz Erziehungshilfe nicht geschützt werden konnten oder in Pflegefamilien oder Heimen selbst zu Schaden kommen. Sei es die Kostenentwicklung, seien es solche Krisensituationen – immer sind Politikerinnen und Politiker ebenso wie Fachleute gefordert, fachlich fundiert zu argumentieren. Mit dem Positionspapier möchte das Landesjugendamt Westfalen-Lippe die Politik und die Verwaltung unterstützen, diesen Anforderungen kompetent zu begegnen. In komprimierter Form macht das Papier mit den rechtlichen Grundlagen, den fachlichen Orientierungen und aktuellen Entwicklungssträngen im Bereich der erzieherischen Hilfen vertraut (vgl. Tabelle unten) und stellt Argumentationshilfen für kommunale Aushandlungsprozesse zur Verfügung. Dabei werden insbesondere auch neuere Forschungsergebnisse zu den Wir-

kungen und Effekten erzieherischer Hilfen einbezogen. Das zehnteitige Positionspapier »Hilfen zur Erziehung. Eine kommunale Aufgabe mit individuellem Rechtsanspruch. Grundlagen, Handlungsweisen, Wirkungen« steht auf der Website des Amtes kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.lwl.org/LWL/Jugend/Landesjugendamt/LJA/erzhilffamilie>

Die Kommune als Ort der Sozialen Arbeit

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit veranstaltet in Kooperation mit der Katholischen Akademie Württemberg eine Tagung zu den gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit. Die Tagung findet statt am 16. und 17. März 2012 in Stuttgart-Hohenheim. Im Mittelpunkt der Betrachtungen liegt die Kommune, denn zunehmend sind es die Kommunen, denen die Gestaltung der Sozialpolitik obliegt. Vor Ort wachsen die durch demografischen Wandel, Arbeitslosigkeit, Pluralisierung der Lebensformen, Wertewandel und Zuwanderung verursachten Integrationsprobleme. Gleichzeitig reicht der »aktivierende Sozialstaat« Aufgaben nach unten durch, ohne den Kommunen die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Kommunen stellen sich dem wachsenden Problemdruck, indem sie ihre Sozialverwaltungen reformieren und neue Steuerungsformen erproben. Local Governance erscheint vor dem Hintergrund begrenzter Finanzen, erhöhten Partizipationsforderungen und eingeschränkter politischer Steuerungs-

Angebotsformen, Hilfearten und Zielgruppen der Hilfen zur Erziehung

Angebotsform	Hilfeart (gem. §§ 27 ff. SGB VIII)	Zielgruppe
Ambulante Hilfen	Erziehungsberatung (§ 28)	Eltern mit Kindern aller Altersgruppen
	Soziale Gruppenarbeit (§ 29)	Ältere Kinder und Jugendliche
	Erziehungsbeistände (§ 30)	Ältere Kinder und Jugendliche
	Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31) (siehe Fallbeispiel)	Familien mit jüngeren Kindern
	Sozialpädagogische Tagesgruppe (§ 32)	Kinder im Vor- und Grundschulalter
Teilstationäre Hilfen	Tagesgruppe (§ 32)	Kinder bis 14 Jahre
Stationäre Hilfen	Gemeinsame Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder (§ 19)	Alleinerziehende Eltern mit Kindern unter 6 Jahren
	Vollzeitpflege (§ 33)	Insbesondere jüngere Kinder
	Heimerziehung/sonstige Wohnformen (§ 34)	Kinder/Jugendliche/junge Volljährige
	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35)	Jugendliche und Heranwachsende

kapazitäten als zukunftsweisendes Konzept der politischen Gestaltung kommunaler Sozialpolitik. Es verspricht eine ausgewogene Balance zwischen politischen Vorgaben, zivilgesellschaftlicher Beteiligung und Marktöffnung mit dem Ziel Ressourcen zu bündeln und effektiver einzusetzen. Aber gelingt diesem Ansatz die notwendige Integration von Macht, Markt und Solidarität tatsächlich? Schafft er ein mehr an Beteiligung und Verteilungsgerechtigkeit? Oder bleibt es doch beim zusammenhanglosen Durchwursteln unter dem Diktat der Finanzkrise? Die Tagung erörtert, welche Auswirkungen die Kommunalisierung der Sozialpolitik auf die Soziale Arbeit, ihre Einrichtungen und ihre Klienten hat und wie es ihr gelingen kann hier eigene Interessen wie die Interessen ihrer Klientel aktiv und angemessen zu vertreten und damit kommunale Sozialpolitik mitzugestalten. Zielgruppe der Veranstaltung sind Führungskräfte, Verbandsvertretungen und Multiplikatoren der Sozialen Arbeit sowie Wissenschaftler und Verantwortliche in der Kommunalpolitik.

Internet <http://www.bagejsa.de>

Video erlaubt Einblicke in sozialtherapeutische Wohngruppe

Die Frauen-Wohngruppe der Brücke Ostholstein in Eutin zeigt in einem kurzen Video-Film auf Youtube, wie es im Alltag dieser Einrichtung zugeht. Das Videoangebot soll die Hemmschwelle senken, als Frau mit der Diagnose »Persönlichkeitsstörung« angemessene Hilfe in Anspruch zu nehmen. Unverbindlich und anonym können Frauen sich so informieren, ob ein Betreuungsplatz für sie infrage kommt. Zu Wort kommt auch eine ehemalige Bewohnerin der Einrichtung, die dem Therapieansatz eine positive Wirkung auf ihr Leben bescheinigt: »Ich habe erst hier gelernt, was Leben heißt. Vorher bestand mein Leben daraus, es beenden zu wollen.« Die gemeinnützige GmbH Brücke Ostholstein ist seit 1998 Träger der Einrichtung. Neben den Wohngruppen werden auch Tages- und Begegnungsstätten, ein Wohnheim, betreutes Wohnen, ein psychosozialer Dienst und sozialpsychiatrische Hauskrankenpflege angeboten.

Internet http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=fJPTHjN3Qc0

Kennzahlen

*»Man hat behauptet,
die Welt werde durch Zahlen regiert;
das aber weiß ich,
dass Zahlen uns belehren,
ob sie gut oder schlecht regiert werde.«*

Johann Wolfgang von Goethe,
deutscher Dichter (1749–1832)

98.273

Zahl junger Menschen unter 20 Jahren in Deutschland, die Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung erhalten haben (Stichtag 31. Dezember 2010)

515.833

Zahl der Studienanfänger an Hochschulen in Deutschland im Jahre 2011 (Sommersemester 2011 und Wintersemester 2011/2012)

57.008

Zahl der Strafgefangenen in Deutschland (Stichtag 30. November 2009)

64

Anteil in Prozent junger Erwachsener zwischen 18 und 24 Jahren, die 2010 noch im elterlichen Haushalt lebten

18.032.903

Zahl der Menschen, die im Jahre 2010 in Deutschland stationär in einem Krankenhaus behandelt wurden

46,5

Durchschnittliches Todesalter in Jahren von wohnungslosen Menschen in Deutschland

8.423.000

Zahl der Personen in Deutschland, die im Jahre 2010 vom Statistischen Bundesamt zum »ungenutzten Arbeitskräftepotenzial« gezählt werden (z. B. Teilzeitbeschäftigte, die eigentlich lieber länger arbeiten wollen)